[ÖVP-Becker zu Urheberrecht: "Kompromiss zum Wohle aller"](http://eppgroup.eu/de/press-release/127608?usebuid=13307" \t "_blank)

**Kreative werden adäquat entschädigt. Internetnutzer können auf alle kreativen Inhalte zugreifen.**

Brüssel, 20. Juni 2018 (ÖVP-PD) "Schriftsteller, Journalisten, Musiker, Künstler und andere Kreative müssen auch im digitalen Zeitalter adäquat für ihre Leistungen entschädigt werden. Zugleich muss sichergestellt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Europa weiterhin auf Texte, Bilder, Musikstücke und weitere kreative Inhalte zugreifen können. Mit dem heute gefundenen Kompromiss ist diese Balance zum Wohle aller Beteiligten gewahrt", sagt der Europaabgeordnete Heinz K. Becker, Mediensprecher der ÖVP im Europaparlament, nach der heutigen Abstimmung im Rechtsausschuss über die Reform des Urheberrechts in der EU.

**Es geht nicht, dass Online-Plattformen das große Geschäft machen und die Urheber der Werke leer ausgehen.**

***Heinz K. Becker MEP***

"Dabei geht es in keiner Weise um Zensur, einen Internetfilter oder eine Link-Steuer, wie das von manchen fälschlicher Weise in der Debatte behauptet wird", erklärt Becker. "Es geht rein darum, dass urheberrechtlich geschützte Inhalte nicht illegal und ohne Genehmigung der Rechteinhaber genützt werden. Denn sonst machen Online-Plattformen das große Geschäft und die Urheber der Werke gehen leer aus. Daher geben wir den Online-Plattformen mehr Verantwortung dabei, zu erkennen, ob es sich bei bestimmten Inhalten um urheberrechtlich geschützte Werke handelt. Eine entsprechende Erkennungssoftware wird zum Beispiel von Youtube seit rund zehn Jahren auf freiwilliger Basis eingesetzt."

"Mit der neuen Richtlinie soll auch in keinem Fall die Möglichkeit beschränkt werden, sich über verschiedene Nachrichtenquellen zu informieren", erläutert Becker. "Sie bedeutet nur, dass Online-Plattformen für die kommerzielle Nutzung von Presseerzeugnissen eine Lizenzgebühr bezahlen müssen."

Mit der Abstimmung im Rechtsausschuss hat das Europaparlament seine vorläufige Position für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten festgelegt. Möglicherweise muss die Position vor Verhandlungsstart noch im Plenum bestätigt werden.